

Für den Profit den Pfad der Tugend verlassen?



Von [BZ-Redaktion](#)
Sa, 04. Januar 2020
[Kommentare](#) | [2](#)

BZ-Plus | BZ-GASTBEITRAG: Für Klaus Leisinger sind Firmen nicht nur Gewinnmaximierungsmaschinen, sie haben gesellschaftliche Verantwortung.

Auf die Frage eines Studierenden, wie man Unternehmensethik studieren könne, gab ein Philosophieprofessor die lapidare Antwort: "Gar nicht, Sie müssen sich schon für das eine oder das andere entscheiden." Diese Anekdote spiegelt die weitverbreitete Wahrnehmung wieder, dass Unternehmen zum Zwecke der Gewinnerzielung schon auch einmal den Pfad der Tugend verlassen – bekannte Beispiele aus der Automobilindustrie sind nicht dazu geeignet, solche Bedenken zu zerstreuen. Moralphilosophisch begründete Forderungen an Unternehmen beziehungsweise deren Führungspersonal stellen in der Praxis des internationalen Wettbewerbs oft eine Überforderung dar – insbesondere dann, wenn Konkurrenten höchstens die legalen Mindestanforderungen einhalten.

Daher geht man das Thema "ethische Qualität in der betrieblichen Praxis" besser mit einer niedrigeren moralischen Oktanzahl (Luhmann) an und stellt die Frage nach der Verantwortung, die ein Unternehmen über die Einhaltung geltenden Rechts hinaus gegenüber der Gesellschaft hat. Hier stößt man in der Praxis auf zwei Denkschulen: Für die einen ist der auf legale Weise erzielte Gewinn für die Aktionäre oder Kapitalgeber (Shareholder genannt, vom englischen Wort für Aktie) das Maß aller Dinge. Die Gesellschaft profitiere demnach von erfolgreichen Unternehmen durch Innovation, durch nützliche Produkte und Dienstleistungen, aufgrund der im Unternehmen und der Lieferkette geschaffenen Arbeitsplätze, der bezahlten Steuern, Versicherungs- und Rentenbeiträge.

Für die andere Denkschule reicht das nicht: Nach ihr haben alle Menschen, die von den Unternehmensaktivitäten betroffen sind oder Einfluss auf den Unternehmenserfolg haben (Stakeholder genannt, vom englischen Wort stake, Anliegen), Anspruch auf die Erfüllung ihrer Ansprüche. Die Shareholder- versus Stakeholder-Diskussion war in vergangenen Jahrzehnten meist eine politisch gefärbte Angelegenheit, mit kapitalismusaffinen Befürwortern auf der einen und sozialismusaffinen Fürsprechern auf der anderen Seite, um es verkürzt auszudrücken.

Nun aber verschwimmen die Grenzen: Nachdem sich im vergangenen August schon der Dachverband der führenden US-Unternehmen (Business Round Table) von der Gewinnmaximierung distanzierte und für gerechte Löhne, Weiterbildung, verbesserten Umweltschutz und gewerkschaftliche Organisationen plädierte, legt nun Klaus Schwab, der Chef des World Economic Forum (WEF) ein Manifest zum Stakeholder-Kapitalismus vor.

Der Tenor der Ende Januar in Davos zu diskutierenden Grundsatzklärung: Alle sollen an einer nachhaltigen und gemeinsamen erbrachten Wertschöpfung profitieren. Mitarbeiter und Beschäftigte in der Lieferkette sollen respektvoll behandelt, fair bezahlt sowie permanent aus- und weitergebildet werden, damit sie gegen zukünftig veränderte Ansprüche am Arbeitsplatz gewappnet sind. Die Wünsche der Kunden sollen besser erfüllt und eventuelle Risiken sowie unerwünschte Nebenwirkungen offengelegt werden. Die Gesellschaft als Ganzes, insbesondere die Kommunen, in denen Unternehmen arbeiten, sollen besser unterstützt werden, vor allem durch die Zahlung fairer Steuern, mit denen die Aufgaben des Gemeinwesens finanzierbar sind. Und schließlich soll mit den Natur- und Umweltressourcen so umgegangen werden, dass die Entfaltungschancen zukünftiger Generationen nicht vermindert werden.

Selbstverständlich sollen auch Eigentümer (Shareholder), die ihre Verantwortung ganzheitlich verstehen, so kompensiert werden, dass nicht nur ihr eingesetztes Kapital angemessen verzinst und mögliche Risiken abdeckt werden, sondern auch stets nachhaltige Investitionen und Innovation möglich sind.

Damit diese Desiderata eine Chance auf Erfüllung haben, sollen die Zielsetzungen und Erfolgskriterien für das Management so angepasst werden, dass Beiträge an das Sozial- und Umweltkapital mit gleichem Gewicht in die Berechnung der Bonuszahlungen eingehen wie Umsatz- und Gewinnerfolge. Dass Unternehmen nicht nur Profitmaximierungsmaschinen für Aktionäre sind, sondern Teil einer gesamtgesellschaftlichen Veranstaltung, ist für aufgeklärte Bürger eine Selbstverständlichkeit. Dass jetzt auch kapitalismusaffine Institutionen diese Sicht vertreten, ist erfreulich.

Fällt dies unter "gute Vorsätze" zu Beginn des neuen Jahres oder läutet das ein Jahrzehnt mit "moralischem Kapitalismus" ein? Dazu passt eine afrikanische Weisheit: "Schöne Worte sind gut, aber Hühner legen Eier."